

## **Niederschrift**

über die Sitzung (öffentlicher Teil)  
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und  
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **02.03.2016**, 17:20 Uhr - 19:40 Uhr,  
Rotunde, Stadthaus 3, Albersloher Weg 33, 48155 Münster

Anwesend waren:

### **von der CDU-Fraktion**

Richard-Michael Halberstadt, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Christel Loschelder, Karin Reismann, Peter Wolfgarten, Marc Würfel-Elberg (ab 17:50 Uhr),

### **von der SPD-Fraktion**

Doris Feldmann, Kristian Kaiser, Thomas Kollmann, Tim Kornblum, Petra Seyfferth,

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Dr. Petra Dieckmann, Otto Reiners, Sylvia Rietenberg, Harald Wölter,

### **von der FDP-Fraktion**

Claudia Grönefeld,

### **von der Fraktion DIE LINKE.**

Martin Scholz,

### **auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP**

Joachim Bruns,

### **Sachkundige Einwohner/innen**

Yildirim Eroglu, Otmar Knüvener (bis 19:20 Uhr), Martin Schofer, Arnold Voskamp,

### **von der Verwaltung**

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Eva-Maria Geißmann, Anneke Graunke, Mechthild Imhorst, Dr. Helga Kreft-Kettermann, Heinz Lembeck, Florian Meyer, Simone Peuling-Heerstraß, Gabriele Regenitter, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Petra Woldt,

### **für die Schriftführung**

Barbara Hamisch,

**Es fehlte/n:**

Gaby Comos-Aldejohann, Sven Gotthal, Elke Haves, Christoph Kattentidt, Gabriele Markerth,

**Gäste von der Ombudsstelle für das Jobcenter Münster:**

Frau Alexandra Hippchen, Herr Dr. Helmut Mair, Herr Saed Samar,

**nichtöffentlicher Sitzungsteil**

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 02.03.2016

**Tagesordnung**

- |                         |      |   |
|-------------------------|------|---|
|                         | 1.   | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder   |
|                         | 2.   | Festsetzung der Tagesordnung  |
|                         | 3.   | Eingänge und Mitteilungen   |
|                         | 3.1. | Eingänge  |
|                         | 3.2. | Mitteilungen  |
|                         | 4.   | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses  |
| <u>V/0140/2016</u><br>V | 5.   | Basisinformationen des Jobcenters Münster   |
| <u>V/0056/2016</u><br>V | 6.   | Zielvereinbarung 2016 Jobcenter Münster   |
| <u>V/0021/2016</u><br>V | 7.   | Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Münster 2016  |
| <u>V/0151/2016</u><br>V | 8.   | Jahresbericht 2015 der Arbeit der Ombudsstelle für das Jobcenter Münster  |
| <u>V/0039/2016</u><br>V | 9.   | Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden Flüchtlingszahlen; hier: Neue temporäre Einrichtungen in Modulbauweise an verschiedenen Standorten |
| <u>V/0135/2016</u><br>V | 10.  | Menschen mit Migrationsvorgeschichte im Sozialpsychiatrischen Dienst - Ein Prozess interkultureller Öffnung                                   |

<u>V/0715/2015</u> III	11.	Prüfergebnis zur Einführung des Instrumentes einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutz-satzung) für Münster und Handlungsempfehlungen; Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0038/2013 „Wohnen muss bezahlbar sein. Luxusmodernisierungen verhindern, neue Möglichkeiten im Bestand suchen" (Anlage 1)
<u>V/0109/2016</u> V	12.	Zuschuss an den Hebammennetzwerk Münsterland e.V. zum Aufbau einer Hebammenzentrale in Münster
	13.	Verschiedenes

Herr Kollmann eröffnete um 17:20 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Herr Kollmann begrüßte als Gäste des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung folgende Ombudsleute von der Ombudsstelle für das Jobcenter Münster:

- Frau Alexandra Hippchen
- Herr Dr. Helmut Mair
- Herr Saeid Samar

#### **Punkt 1 der Tagesordnung**

#### **Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

#### **Punkt 2 der Tagesordnung**

#### **Festsetzung der Tagesordnung**

Herr Wölter beantragte, die unter dem Tagesordnungspunkt 11 aufgeführte Vorlage 'Prüfergebnis zur Einführung des Instrumentes einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) für Münster und Handlungsempfehlungen; Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0038/2013 „Wohnen muss bezahlbar sein. Luxusmodernisierungen verhindern, neue Möglichkeiten im Bestand suchen" (Anlage 1)' zu diskutieren, aber dann ohne Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss zu schieben.

Herr Kaiser sprach sich gegen diesen Vorschlag aus und schlug vor, die Vorlage zu diskutieren und einen Beschluss zu fassen.

Herr Reiners beantragte eine Abstimmung über den Antrag von Herrn Wölter, die Vorlage zu beraten und dann ohne Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss zu schieben.

Der Antrag von Herrn Wölter wurde mehrheitlich angenommen (9 Ja-Stimmen, davon 5 von der CDU-Fraktion und 4 von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL; 8 Nein-Stimmen, davon 5 von der SPD-Fraktion und jeweils eine von der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. und der Ratsgruppe Piraten/ÖDP).

Daraufhin wurde die Tagesordnung wie vorgesehen festgesetzt.

**Punkt 3 der Tagesordnung****Eingänge und Mitteilungen****Punkt 3.1 der Tagesordnung****Eingänge**

Frau Woldt wies auf die Vorlage V/0083/2016 'Sonderprogramm des Landes NRW „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ – Projekte der Stadt Münster' hin, die bereits im Rat beschlossen worden sei. Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung hatten die Vorlage zur Kenntnisnahme erhalten.

**Punkt 3.2 der Tagesordnung****Mitteilungen****Frau Arnkens-Homann**

3.2.1 nahm zur Situation beim Zuzug und der Unterbringung von Flüchtlingen Stellung. Die Stellungnahme ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 1**.

Frau Stadträtin Wilkens und Frau Arnkens-Homann beantworteten Fragen der Mitglieder.

3.2.2 machte auf folgende Unterlagen aufmerksam, die die Mitglieder im Vorfeld der Sitzung erhalten hatten:

- Information zum Münster-Pass
- Ergebnisse der Minijobstudie (vom Jobcenter)
- Broschüre 50+ (vom Jobcenter)

**Herr Dr. Schulze Kalthoff**

3.2.3 berichtete über die Zuschüsse des Landes NRW zur Unterstützung der Kinder- und Jugendmedizinischen Dienste. Das Land NRW stelle in diesem Haushaltsjahr allen 53 Städten und Kreisen Landesmittel in Form von pauschalen Zuschüssen zur Unterstützung der Kinder- und Jugendmedizinischen Dienste bei der Durchführung der Schuleingangsuntersuchungen von seiteneinsteigenden Kindern und Jugendlichen bereit. Der Zuschuss betrage für Münster 10.000 Euro. Das Geld werde zur Refinanzierung zusätzlicher Honorarkosten für psychologische Diagnostik und die Anschaffung einer ergänzenden Hör- und Sehtesteinheit eingesetzt.

3.2.4 informierte darüber, dass in Münster bis auf weiteres keine Hebammen mehr ausgebildet werden könnten. Die einzige Ausbildungsstätte mit 30 Ausbildungsplätzen an der UKM sei aus dem Krankenhausplan des Landes NRW herausgenommen worden. Die Ausbildungskapazitäten seien stattdessen in vollem Umfang an die Mathias-Stiftung in Rheine gegangen.

Schon seit einiger Zeit sei dem Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten als zuständiger Prüfungsbehörde aufgefallen, dass die Klassenstärken in der

Schule rückläufig gewesen seien. Daraufhin habe eine Kollegin die damalige ärztliche Leitung angesprochen, die Frage nach der Zukunft der Schule gestellt und die Hoffnung auf ein Fortbestehen geäußert. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Übergang der Schulleitung und stellvertretenden Schulleitung in den Ruhestand habe sich die UKM jedoch entschlossen, diesen Ausbildungsgang auslaufen zu lassen.

In dem vorgeschriebenen regionalen Planungsverfahren (gem. Krankenhausgestaltungsgesetz) habe unter der Federführung der Bezirksregierung Münster die neu gegründete Hebammenschule in Rheine die 30 Ausbildungsplätze übernommen. An diesem Planungsverfahren sei die Untere Gesundheitsbehörde nicht beteiligt. Rheine gehöre wie Münster zum Versorgungsgebiet 9 in NRW.

(Zur Hintergrundinformation: Nur Ausbildungsplätze, die im Krankenhausplan ausgewiesen sind, werden vom Land finanziell gefördert.)

Die Schulleitung in Rheine habe die in Münster wohnhafte Hebamme Dr. Tometten-Iske übernommen, die seit vielen Jahren für das Gesundheitsamt in Münster als Honorarkraft tätig gewesen sei.

Die aktuell nächstgelegene Hebammenschule sei die Schule der Franziskus-Stiftung in Ahlen.

Frau Grönefeld regte an, das Thema „Hebamme“ grundsätzlich aufzugreifen. Frau Stadträtin Wilkens sagte zu, dies in der Gesundheitskonferenz zu thematisieren und auch die Frage der Haftpflichtversicherung dabei zu berücksichtigen.

### 3.2.5 machte folgende Angaben zu dem Projekt „Beratungs- und Untersuchungsangebot für Männer mit Mann-Mann-Kontakten in Kooperation mit der Aidshilfe Münster e.V.“:

- Angebotshäufigkeit: 1 x Monat, 2 Stunden abends in den Räumen der Aidshilfe in der Schaumburgstrasse
- ergänzend zu dem Beratungs- und Testangebot im Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten
- Beginn Mai 2015 – jetzt verlängert bis November 2018

An bisher 9 Projektabenden hätten 73 Männer das Angebot in Anspruch genommen. Es seien zwei bisher unbekannte HIV-Infektionen, eine behandlungsbedürftige Syphilisinfektion und zwei Infektionen mit Chlamydien entdeckt worden.

Der Anteil der Männer mit Mann-Mann-Kontakten, die das Beratungs- und Testangebot im Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten in Anspruch genommen hätten, habe sich bei leicht angestiegener Gesamtzahl der männlichen Klienten von 31 % im Jahr 2014 auf 35% im Jahr 2015 erhöht, so dass von einem echten Ergänzungsangebot gesprochen werden könne.

### 3.2.6 informierte zur Versorgungssituation von minderjährigen traumatisierten Flüchtlingen in Münster und beantwortete Fragen der Mitglieder. Die Information ist der Niederschrift beigefügt- **Anlage 2**.

Herr Kollmann regte an, das Thema als Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen aufzugreifen.

**Punkt 4 der Tagesordnung****Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Keine.

**Punkt 5 der Tagesordnung  
V/0140/2016****Basisinformationen des Jobcenters Münster**

Frau Stadträtin Wilkens, Herr Bierstedt und Frau Arnkens-Homann beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 6 der Tagesordnung  
V/0056/2016****Zielvereinbarung 2016 Jobcenter Münster**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Punkt 7 der Tagesordnung  
V/0021/2016****Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Münster 2016**

Frau Seyfferth und Herr Kaiser brachten einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 3**.

Der Änderungsantrag wurde intensiv diskutiert. Im Laufe der Diskussion wurde der Wunsch geäußert, das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm abweichend von der jetzigen Beschlusslage künftig bereits in der letzten Sitzung des Vorjahres vorzulegen. Herr Bierstedt sagte dies zu.

Herr Bierstedt beantwortete aktuell in der Sitzung gestellte Fragen der Mitglieder sowie ihm von Herrn Scholz vorab per mail zugesandte Fragen.

Herr Scholz äußerte sein Befremden über diese Vorgehensweise und bat künftig um eine direkte Antwort. Herr Bierstedt wies auf das gängige Verfahren hin, die Antworten auf Fragen einer Fraktion zeitgleich allen Mitgliedern bzw. Fraktionen/Ratsgruppen zur Verfügung zu stellen.

Nach Abschluss der Diskussion stimmte der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion ab und beschloss diesen einstimmig bei einer Enthaltung (FDP).

Danach beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage in der Fassung des Antrages der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss:

**Beschlussvorschlag:**

## I. Sachentscheidung:

- I a. Zum Erreichen der vereinbarten Ziele und unter Beachtung der vom Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschlossenen Schwerpunktsetzung (Vorlage V/0679/2015) wird das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Münster für 2016 beschlossen.
- 1 b. Die Verwaltung wird beauftragt, künftige Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme so rechtzeitig in die politischen Beratungen zu geben, dass etwaige politische Änderungen im Programmjahr noch wirksam werden können.**
- 1 c. Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, die es Kundinnen und Kunden mit ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen ermöglichen, ihre Qualifikationen in Deutschland anerkennen zu lassen.**
- 1 d. Die Verwaltung wird beauftragt, in künftigen Arbeitsmarkt- und Integrationsprogrammen die Aktivitäten des Jobcenters im Programm „kein Abschluss ohne Anschluss“ darzustellen.**
- 1 e. Die Verwaltung wird beauftragt, den Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Dazu berichtet die Verwaltung den zuständigen Fachausschüssen (APOSOE und ASSGVaf) und schlägt entsprechende Maßnahmen vor.**
- 1 f. Die Verwaltung wird beauftragt, künftige Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme so zu gestalten, dass die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen anhand der entsprechenden Ziele ausgewertet wird und so bewertet werden kann. Dabei werden die Ziele der jeweiligen Maßnahmen formuliert, die entsprechenden Maßnahmen aufgelistet und eine Bewertung der Maßnahmen hinsichtlich der Zielerreichung vorgenommen.**
- 1 g. Die Verwaltung wird beauftragt, in einem Bericht darzustellen, welche Leistungen von wem nach § 16a SGB II erbracht werden und Vorschläge dazu zu entwickeln, welche Angebote ausgeweitet werden müssen (u.a. Kinderbetreuung, Pflegeangebote), um eine Arbeitsmarktintegration wirkungsvoller flankieren zu können.**
- 1 h. Die Verwaltung wird beauftragt, in künftigen Arbeitsmarkt- und Integrationsprogrammen den Nutzen der Kommunalen Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II für den Integrationsprozess in den Arbeitsmarkt darzustellen und die Verknüpfung zwischen den Integrationsbemühungen des Jobcenters und den Eingliederungsleistungen aufzuzeigen.**

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Die zur Umsetzung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jobcenters Münster 2016 erforderlichen Ressourcen werden im Etat 2016 wie folgt finanziert:

Teilergebnisplan Aufwand					
Produktgruppe	0501	Grundsicherung für Arbeitsuchende			
Zeile im Ergebnisplan		Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
15		Transferaufwendungen	2016	10.532.000,00	
06		Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2016	10.532.000,00	

Der Rat hat sich mit Beschluss vom 11.12.2013 (V/0622/2013) verpflichtet, im Falle einer Überschreitung der vom Bund finanzierten Eingliederungsleistungen bis zu 100.000,00 € überplanmäßig bereitzustellen.

**Punkt 8 der Tagesordnung  
V/0151/2016**

**Jahresbericht 2015 der Arbeit der Ombudsstelle für  
das Jobcenter Münster**

Gegen den Vorschlag von Herrn Kollmann, der anwesenden Ombudsfrau Frau Hippchen und den anwesenden Ombudsmännern, Herrn Dr. Mair und Herrn Samar, Rederecht einzuräumen, wurde kein Widerspruch erhoben.

Herr Dr. Mair berichtete daraufhin über die Arbeit der Ombudsstelle. Er, Frau Hippchen, Herr Samar und Herr Bierstedt beantworteten Fragen der Mitglieder.

Herr Wölter regte an, den Flyer der Ombudsstelle auch in leichter Sprache aufzulegen.

Herr Kollmann als Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung sowie Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen und der Ratsgruppe dankten den Ombudsleuten für ihre ehrenamtliche Arbeit.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung quittierten diese Äußerungen mit Beifall.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung  
V/0135/2016**

**Menschen mit Migrationsvorgeschichte im Sozialpsychiatrischen Dienst - Ein Prozess interkultureller Öffnung**

Herr Kollmann schlug vor, die unter TOP 10 vorgesehene Vorlage V/0135/2016 „Menschen mit Migrationsvorgeschichte im Sozialpsychiatrischen Dienst – Ein Prozess interkultureller Öffnung“ wegen der Verwaltungspräsenz vorzuziehen und als neuen TOP 9 zu behandeln. Widerspruch gegen diesen Vorschlag wurde nicht erhoben.

Frau Graunke und Frau Imhorst stellten den Bericht vor. Sie und Herr Dr. Schulze Kalthoff beantworteten Fragen der Mitglieder.

Mitglieder aller Fraktionen und der Ratsgruppe dankten für die hervorragende Arbeit und den Bericht.



Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung quittierte diese Äußerungen mit Beifall und nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 10 der Tagesordnung  
V/0039/2016**

**Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden  
Flüchtlingszahlen; hier: Neue temporäre Einrich-  
tungen in Modulbauweise an verschiedenen  
Standorten**

Frau Arnkens-Homann beantwortete Fragen der Mitglieder und empfahl, die Vorlage in der vorliegenden Fassung ohne Änderungen zu beschließen.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

**Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung:

1. An folgenden Standorten werden temporäre Flüchtlingseinrichtungen in Modul- / Systembauweise errichtet, sofern dafür die liegenschaftlichen, bau- und planungsrechtlichen sowie sonstigen Voraussetzungen geschaffen werden können:
  - Amelunxenstraße, Stadtbezirk Südost, Stadtteil Wolbeck - 200 Plätze (Anlage 1),
  - Niederdingstraße, Stadtbezirk Südost, Stadtteil Gremmendorf-West – bis zu 200 Plätze (Anlage 2),
  - Kastellstraße, Stadtbezirk Mitte, Stadtteil Schloss - 100 Plätze (Anlage 3),
  - Vennheideweg, Stadtbezirk Hiltrup, Stadtteil Berg-Fidel - 100 Plätze (Anlage 4)
2. Die Einrichtungen werden mit dem notwendigen Mobiliar sowie den erforderlichen beweglichen Einrichtungsgegenständen ausgestattet.
3. Die persönliche Betreuung dieser Flüchtlingseinrichtungen wird gemäß des Ratsbeschlusses zur Vorlage V/0909/2015/1 vorrangig an geeignete freie Träger vergeben. Dabei wird der übliche Betreuungsschlüssel von jeweils 1 VZÄ für Sozialarbeit und Hausdienst je 100 Plätze zugrunde gelegt. Sofern eine Betreuung durch freie Träger nicht zweckmäßig oder realisierbar ist, sind ab Inbetriebnahme der Flüchtlingseinrichtungen dem Betreuungsschlüssel entsprechend zusätzliche städtische Mitarbeiter/-innen im Bereich von Sozialarbeit und Hausdienst jeweils zeitnah einzusetzen.
4. Mit Inbetriebnahme der neuen Standorte werden freizeitpädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche entsprechend der dazu in städtischen Flüchtlingseinrichtungen etablierten Angebote durch Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit eingerichtet.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Für die Erstellung der temporären Einrichtungen ist je 100 Plätze mit investiven Kosten in Höhe von ca. 2.200.000 € zu rechnen. Es wird derzeit eine Rahmenvereinbarung über die Lieferung und Errichtung von schlüsselfertig zu erstellenden temporären Flüchtlingseinrichtungen vorbereitet (vgl. Vorlage V/1016/2015), über die die mit dieser Vorlage vorgeschlagenen Projekte realisiert werden sollen. Die erforderlichen Mittel zur Errichtung von Einrichtungen mit insgesamt bis zu 500 Plätzen sowie für deren Ausstattung mit Küchen (ca. 55.000 € je 100 Plätze)

wurden mit der Vorlage V/1016/2015 bereitgestellt. Mögliche besondere standortbezogene Kosten (insbesondere in Bezug auf die Erschließung, Gründung oder die Außenanlagen) sind hier jedoch noch nicht abgedeckt und sind ggf. noch separat bereitzustellen. Die Rahmenvereinbarung soll eine Vergabeoption für bis zu 2.000 weitere Plätze enthalten, die zu festen Preisen und Lieferterminen sukzessive abgerufen werden können.

Aus den bereitgestellten Mitteln wurde bereits die Finanzierung für die drei neuen temporären Einrichtungen an der Havixbecker Straße (100 Plätze), Meesenstiege / Hünenburg (200 Plätze) und am Dahlweg (100 Plätze) gesichert (vgl. Vorlage V/1038/2015 und D/0027/2015). Der Standort Meesenstiege / Hünenburg soll aufgrund der Bodenbeschaffenheit nur mit 100 Plätzen realisiert werden, sodass insgesamt Mittel für 300 Plätze gebunden sind. Für die hier vorgeschlagenen neuen Standorte mit insgesamt 600 Plätzen sind daher noch Mittel für die Errichtung von Einrichtungen mit insgesamt 400 Plätzen einschließlich der Küchenausstattung bereitzustellen.

Zu finanzierende Plätze im Überblick:

	Plätze
Neue Standorte	600
Plätze aus der Vorlage V/1038/2015 (Havixbecker Straße, Meesenstiege / Hünenburg, Dahlweg)	300
Zwischensumme:	<u>900</u>
Über die Vorlage V/1016/2015 bereits finanziert	<u>- 500</u>
Damit sind noch Mittel bereitzustellen für	<b>400</b>

Die veranschlagten Auszahlungen und Aufwendungen für Mobiliar und Einrichtungsgegenstände der Gebäude entsprechen dem üblichen Standard der städtischen Flüchtlingseinrichtungen.

Für die Betreuung der Flüchtlingseinrichtungen werden je 100 Plätze 1 VZÄ EGr. S 12 für Sozialarbeiter/-innen bzw. Sozialpädagogen/-innen und 1 VZÄ EGr. 4 für den Hausdienst eingesetzt. Die laufenden Personalaufwendungen sind zunächst für einen Betrieb in städtischer Regie auf der Basis der durchschnittlichen städtischen Personalkosten für die jeweils vorgesehene Eingruppierung ermittelt. Die Mittel sollen vorrangig für Betreuungsleistungen freier Träger eingesetzt werden, wenn entsprechendes Interesse besteht und einrichtungsbezogenen Vereinbarungen - orientiert am kalkulierten städtischen Aufwand - getroffen werden können.

Für die freizeitpädagogischen Angebote ist je Einrichtung mit Aufwendungen in Höhe von 11.000 € jährlich zu rechnen. Bei einer unterjährigen Betriebsaufnahme wird der Betrag entsprechend reduziert.

Bei der Berechnung der laufenden Aufwendungen wurde davon ausgegangen, dass die Standorte sukzessive ab Oktober 2016 in Betrieb genommen werden können.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	050 2	Sicherung des Lebensunterhalts			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2016	148.700	Zuschüsse an freie Träger; Integrationshil- fen
			2017 ff.	594.780	
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2016	373.900	Mobiliar/ Einrichtung < 410 €
Produktgruppe	060 3	Jugendsozialarbeit			
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2016	11.000	Freizeitpäd. Angebote
			2017 ff.	44.000	
<b>Insgesamt:</b>			<b>2016</b>	<b>533.600</b>	

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	050 2	Sicherung des Lebensunterhalts			
Investitions- maßnahme	002 0	Einrichtung Asylbewerber/ Flüchtlinge			
Auszahlungen		.. für den Erwerb von beweglichem Anlagevermö- gen	2016	469.270	Mobiliar/ Einrichtung > 410 €, Küchen
Produktgruppe	050 2	Sicherung des Lebensunterhalts			
Investitionsmaßnah- me	neu	Flüchtlingseinrichtungen in Modul-/ Systembauweise	2016	8.800.00 0	
<b>Summe aller Aus- zahlungen</b>			<b>2016</b>	<b>9.269.27 0</b>	

Es wird angestrebt, die im laufenden Jahr entstehenden zusätzlichen Aufwendungen und investiven Auszahlungen im Gesamthaushalt aufzufangen. Der Rat stimmt den hierzu erforderlich werdenden Umschichtungen über das Instrument der über- bzw. außerplanmäßigen Mittelbereitstellung nach § 83 GO NRW zu.

Die endgültige Deckung ist durch eine Nachtragssatzung herbeizuführen.

**Punkt 11 der Tagesordnung  
V/0715/2015**

**Prüfergebnis zur Einführung des Instrumentes einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) für Münster und Handlungsempfehlungen; Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0038/2013 „Wohnen muss bezahlbar sein. Luxusmodernisierungen verhindern, neue Möglichkeiten im Bestand suchen“ (Anlage 1)**

Entsprechend dem unter TOP 2 der Tagesordnung gefassten Beschluss wurde die Vorlage diskutiert und dann ohne Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss geschoben.

**Punkt 12 der Tagesordnung  
V/0109/2016**

**Zuschuss an den Hebammennetzwerk Münsterland e.V. zum Aufbau einer Hebammenzentrale in Münster**

Frau Stadträtin Wilkens und Herr Dr. Schulze Kalthoff beantworteten Fragen der Mitglieder.

Anschließend fasste der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen (Herr Kornblum, CDU-Fraktion, Frau Grönefeld, FDP-Fraktion) folgenden Beschluss:

Die vom Rat der Stadt Münster in der Produktgruppe „0701 Gesundheitsdienste“ bereitgestellten Haushaltsmittel in Höhe von 7.500 Euro pro Jahr zum Aufbau einer Hebammenzentrale in Münster werden entsperrt.

**Punkt 13 der Tagesordnung**

**Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

gez.  
Thomas Kollmann  
Vorsitz

gez.  
Barbara Hamisch  
Schriftführung